

Mit Anliegen der Berggebiete nach Bern

Der Nationalrat hat eine Motion gutgeheissen, die bezweckt, dass die Poststellen in allen Regionen gut erreichbar sind. Als Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete hat Christine Bulliard deren Anliegen einbringen können.

Urs Haenni

BERN Ein unmissverständliches Signal hat der Nationalrat am Dienstag an die Adresse der Post geschickt: Mit 172 zu 13 Stimmen hat er eine Motion verabschiedet, die eine Verschärfung der gesetzlichen Anforderungen an das Filialnetz der Post fordert (die FN berichteten).

Heute müssen im landesweiten Durchschnitt 90 Prozent der Bevölkerung Postdienstleistungen innerhalb von 20 Minuten zu Fuss oder mit dem öffentlichen Verkehr erreichen können. Die Motion der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen verlangt nun, dass dieses Kriterium der Erreichbarkeit künftig auf regionaler Ebene festgelegt wird. Denn es macht einen Unterschied, ob 90 Prozent der Bevölkerung des Landes innert 20 Minuten zu Fuss oder mit dem ÖV eine Poststelle erreichen können, oder ob es 90 Prozent in jeder einzelnen der 128 Raumplanungsregionen sind. Zudem sollen gemäss der Motion für den Zahlungsverkehr dieselben Regeln gelten wie für die postalischen Dienste.

Erfolg für Berggebiete

Dieses klare Abstimmungsergebnis in der grossen Kammer stellt auch einen Erfolg für die Freiburger Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP) dar. Sie hatte nämlich als Ersatzperson Einsitz in der Kommission nehmen können, welche für die Motion verantwortlich war. Und sie hat auch an den Hearings teilgenommen, welche zu diesem Vorstoss führten.

Bulliard brachte da vor allem die Position der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete ein, deren Präsidentin sie seit letztem August ist. Nebst Themen wie Raumplanung, Agrarpolitik, Tourismus, Energie oder Landschaftsschutz hat die Diskussion um das Poststellennetz bei



Bei der Debatte um das Poststellennetz ist Nationalrätin Christine Bulliard Interessenvertreterin der Berggebiete.

Bild Charles Ellena

der Arbeitsgemeinschaft stark an Bedeutung gewonnen.

Und in dieser Funktion hat Christine Bulliard auch einen privilegierten Zugang zu den Spitzen der Post. Wie sie den FN sagt, trifft sich die Führung der Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete einmal im Jahr mit Vertretern der Post – zuletzt vor drei Wochen. Dabei waren vonseiten der Post CEO Susanne Ruoff und Verwaltungsratspräsident Urs Schwaller zugegen, zudem auch die Spitze des Schweizerischen Gemeindeverbandes.

«Keine Rückwärtsstrategie»

«Wir wollen keine Rückwärtsstrategie aus nostalgischen Gründen mit einer

Bremswirkung für die Post», so Bulliard. «Aber wir verlangen auch in Zukunft flächendeckende Postdienstleistungen. Die Motion kommt der Post sicher nicht gelegen, aber sie ist ein Zeichen, dass es andere Ideen braucht.»

Wie Bulliard sagt, habe sie am Treffen mit der Postspitze nicht den Eindruck gehabt, dass diese etwas verbergen wolle: «Wir wurden sehr gut und kompetent informiert. Dabei hat die Post auch ihre Standpunkte dargelegt.» Die Post habe auf einige Punkte aus vergangenen Gesprächen reagiert.

Wie Bulliard präzisiert, wehrt sich die Arbeitsgemeinschaft zwar gegen die Schliessung

von Poststellen, nicht aber gegen die Umwandlung in Agenturen. «Das Agenturmodell ist eine Alternative, wenn die Grundversorgung gewährleistet ist. Dazu muss auch der Zahlungsverkehr gehören», so die Freiburger Nationalrätin. «Weiter setzt sich die Organisation dafür ein, dass die Personen, welche eine Agentur betreiben, kostendeckend dafür entschädigt werden.» Zudem sei die Thematik, wo Briefkästen stehen müssen, besonders für Berggebiete ein Thema. Die Präsidentin plädiert da für den gesunden Menschenverstand und Besitzstandswahrung.

Bulliard sagt, dass auch ihre Wohngemeinde Ueberstorf von der Schliessung einer Poststelle

betroffen sei. Die Agenturstelle in der Bäckerei funktionierte aber als Alternativmodell.

Die Post kommuniziert derzeit in Etappen, wie viele Poststellen in welchem Kanton geschlossen oder umgewandelt werden. Am Dienstag teilte sie ihre Pläne für den Kanton Zürich mit; vor zwei Wochen hiess es, dass 23 von 55 Poststellen im Kanton Graubünden geschlossen werden.

Freiburg wartet auf Entscheid

Die Pläne für den Kanton Freiburg sind bis jetzt noch nicht bekannt. Gemäss Christine Bulliard soll aber bis Anfang Sommer klar sein, was mit den Freiburger Poststellen geschieht. Die Präsidentin der

Zur Organisation

Erstmals eine Frau an der Spitze

Seit dem 25. August 2016 ist Christine Bulliard-Marbach Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete. Der Verein feiert im nächsten Jahr sein 75-jähriges Bestehen. Bulliard ist die erste Frau in ihrer Funktion. Auch ist sie nicht Vertreterin eines typischen Bergkantons. Sie sieht sich aber als Brückenbauerin insbesondere zur französischsprachigen Schweiz, wo die Arbeitsgemeinschaft weniger stark vertreten ist als in der Deutschschweiz. Mitglieder sind 22 Kantone und rund 700 Gemeinden, Bergregionen, Tourismus-, Landwirtschafts- oder Gewerbeorganisationen und 500 Einzelmittglieder. Die Arbeitsgemeinschaft stellt die politische Interessenvertretung für Berggebiete und ländliche Räume sicher, bietet Dienstleistungen und Informationen an. Für viele Themen verfasst sie Stellungnahmen bei Vernehmlassungen. *uh*

Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete schätzt, dass die Bergkantone anteilmässig am meisten Poststellen verlieren. Für den Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas als Vizepräsidenten der Arbeitsgemeinschaft ist deshalb das Poststellennetz auch ein besonderes Anliegen.

Entsprechend eng arbeitet Bulliard mit ihm zusammen. Sie präzisiert aber: «Nicht nur ländliche Regionen sind betroffen, sondern auch Städte. Wir wollen bei diesem Thema keinen Stadt-Land-Graben schaffen.» Entsprechend erwartet Christine Bulliard, dass die Pläne für den Kanton Freiburg ebenfalls substantiell sein werden.

Ressourcenausgleich sei Dank: 2016 verzeichnet Marly einen Gewinn

Mit einem Gewinn von 228 000 Franken anstatt einem Minus von 900 000 Franken dreht Marly im grünen Bereich.

Regula Saner

FREIBURG Zum zweiten Mal in Folge konnte Finanzvorsteher Jean-Pierre Oertig (FDP) dem Generalrat von Marly eine positive Rechnung vorlegen: Sie weist 2016 einen Gewinn von 228 000 Franken vor. «Das Ergebnis ist umso erfreulicher, als dieses Plus nicht von den Steuern herrührt. Denn diese sind insgesamt rückläufig», sagte der Gemeinderat am Mittwochabend. «Vielmehr zeigt es, dass der Ressourcenausgleich auf signifikante Weise spielt.» Im Umkehrschluss bedeute das aber eben auch, dass Marly steuerschwach sei und deshalb zu den Empfängergemeinden beim Finanzausgleich gehöre. Die Hälfte der Einkünfte von Marly

durch Einkommenssteuern stammen von 14 Prozent der steuerpflichtigen Personen. «Um interessante Steuerzahler zu gewinnen, müssen wir unsere Trümpfe besser auspielen», monierte Oertig darum. Im Vergleich zum Vorjahr

«Seit 2011 befindet sich der Selbstfinanzierungsgrad im freien Fall.»

Jean-Pierre Oertig
Gemeinderat in Marly

sanken die Steuereinnahmen global um zwei Prozent oder 530 000 Franken. Die Gemeinde verzeichnete sowohl bei den Einkommenssteuern als auch bei den Unternehmensgewinnsteuern ein erhebliches Minus. Dieses wurde allerdings durch ein positives Ergebnis bei den

Kapitalgewinnsteuern teilweise wieder wettgemacht. Positiv zu Buche schlug gemäss Oertig die gute Ausgabendisziplin. Diese sei auch weiterhin nötig, denn: «Seit 2011 befindet sich der Selbstfinanzierungsgrad im freien Fall.» Je tiefer der Selbstfinanzierungsgrad ist, umso grösser ist die Verschuldung bei Investitionen. Der Gemeinderat appellierte darum an die Generalräte, künftig nur Investitionen zu tätigen, die wirklich unausweichlich seien.

Der Generalrat hiess sodann die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung über 5,2 Millionen Franken einstimmig gut. Er wählte weiter einen neuen Ratspräsidenten: Nach der CVP ist die SVP mit Jean-Luc Humbert an der Reihe. Vizepräsident wird Vincent Adamo von der FDP.

Im Hinblick auf die Fusion von Grossfreiburg beschloss der Generalrat von Marly auf Vorschlag der SP zudem die Errichtung einer Fusionskommission.

Unwetter sorgte für über 100 Einsätze im Kanton

Wasserschäden, Blitzeinschläge, Schlamm und verstopfte Kanalisationen beschäftigten die Einsatzkräfte stundenlang.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Das schwere Gewitter, das am Mittwoch über den Kanton Freiburg gezogen ist, hat die Kantonspolizei und mehrere Feuerwehren während eines Grossteils der Nacht auf Trab gehalten. Über 100 Einsätze waren nötig, in erster Linie wegen Überschwemmungen. Eine Person wurde während des Unwetters durch Blitzschlag verletzt, wie die Polizei meldet. Das Gewitter begann am Mittwoch um 19.45 Uhr und dauerte bis um 1.15 Uhr nachts. Betroffen waren der Saane-, Broye-, Glane- und Seebezirk. In 98 Wohnungen kam es zu Wasserschäden. Drei Wohnhäuser wurden vom Blitz getroffen. Ausserdem waren mehrere kleinere Erdbeben, Schlamm auf ver-

schiedenen Strassen sowie verstopfte Kanalisationsdeckel zu verzeichnen.

In Lugnorre wurde ein 63-Jähriger bei einem Blitzeinschlag leicht verletzt. Er musste mit der Ambulanz zur Kontrolle ins Spital gefahren werden. Der Blitz beschädigte auch die Elektroinstallationen seines Hauses. Deshalb wurde ein Elektriker für die Behebung der Schäden aufgebeten.

Strassen gesperrt

Von Blitzeinschlägen betroffen waren auch zwei weitere Wohnungen in Villaraboud und Kerzers. Der Blitz verursachte dort aber lediglich Sachschaden. In Villaraboud wurden der Kamin und das Dach eines Wohnhauses sowie ein Fahrzeug beschädigt. Nach einer Kontrolle der Elektroinstallationen konnten die Bewohner relativ bald in ihr Haus zurückkehren. Wegen Überschwemmungen mussten auch verschiedene Strassen während mehrerer Stunden vorübergehend gesperrt werden.

Ein Programm zur Erkennung von Krankheiten

FREIBURG Das Swiss Integrative Center for Human Health AG (SICHH) in der Freiburger Blue Factory und seine akademischen Partner starten das «Liquid Biopsy for the Early Detection of Diseases»-Programm, teilt das Kompetenzzentrum mit. Das Projekt ist Teil eines Spektrums von neun Programmen, welche die Herausforderungen der menschlichen Gesundheit angehen möchten. Dank der Analyse der umlaufenden DNA ermöglicht das Programm die Identifizierung einer Krankheit in einem frühzeitigen Stadium.

Dieser Ansatz sei ein wichtiges Hilfsmittel bei der Behandlungsauswahl und der Patientenüberwachung, heisst es in der Mitteilung. Zu den vielfältigen Vorteilen der flüssigen Biopsie zählten die verbesserte Behandlungswirksamkeit und Lebensqualität sowie das Langzeitüberleben der Patienten. Ausserdem trage die flüssige Biopsie zur Senkung der Gesundheitskosten bei. *uh*